

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
In Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mt. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mt.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Danne,
Inhabersendant Berlin Dönh. Arndt, Max Bornemann,
Übersee: B. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S.
Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Neuberger, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Geimr. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der Kaiser in Bremen.

Der Kaiser traf gestern um 1 Uhr 45 Min.
Mittags am Kaiserhafen in Bremen ein, wo
bereits vorher aus Bremen eingetroffenen
Theilnehmer an der Seefahrt den Kaiser begrüßten. Beim Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm
der Große“ hatte die Garnison mit Musik Aufstellung
genommen. Der Kaiser begab sich sofort mit
Gefolge an Bord, worauf mit der Durchschleusung
des Dampfers durch die Kammer-
schleuse begonnen wurde. Trotz des unfreundlichen
Wetters hatte sich eine große
Mengenmenge gesammelt. Um 3 Uhr Nachmittags
war der Kaiser Wilhelm der Große vollständig
durchgeschleust. Der Kaiser stand während
des Durchschleusens auf dem hinteren
Sonnendeck und unterhielt sich angelegentlich,
insbesondere mit dem Direktor des „Lloyd“ Dr.
Wiegand, von welchem der Kaiser sich verschiedene
Vorläufe erläutern ließ. Das auf beiden Seiten
auf der Erde zahlreich versammelte Publikum
brachte fortgesetzt Hurrahrufe aus, wofür der
Kaiser freundlich dankte.

Um 2 Uhr Nachmittags traf der Kaiser in
Bremen ein und wurde am Bahnhof vom
Präsidenten Plate und Direktor Wiegand vom
„Norddeutschen Lloyd“ empfangen. Die Schiffe
im Hafen sind reich besetzt; eine zahlreiche
Mengenmenge hatte sich am Hafen eingefunden.
In Begleitung des Kaisers befanden sich General
der Infanterie v. Hauke, Oberpostmarschall Graf
zu Guleburg, der Chef des Zivilkabinetts von
Kucanow, Generalleutnant v. Pliesien, Kommandant
v. Seiden-Admiral, Generalmajor
v. Meissel, Generalarzt Dr. Keutjohd, Hofmarschall
Froh. von und zu Glogowitz und mehrere
persönliche Adjutanten; außerdem traf mit dem
Sonderzuge ein Prinz zu Salm-Horstmar,
General der Kavallerie Graf Wedel, Staats-
sekretär von Pöbberich, Oberstallmeister Graf
Wedel, Oberjägermeister Freiherr v. Heintze,
Graf Egerschütz-Keudorf, die Flügeladjutanten
Oberst Graf v. Hülsen-Däster und Oberst
v. Molte, die Professoren Busch, Böhre
u. d. Saigmann. Nach kurzer Begrüßung
begab sich der Kaiser an Bord des „Kaiser
Wilhelm der Große“, während die Musik spielte.
Auf dem Deck hatten die Offiziere und Mannschaften
des Schiffes in Paradeuniform Aufstellung
genommen. Nachdem der Kaiser Kapitän
Engelbart mit einigen hübschen Worten begrüßt
hatte, begab er sich auf das Promenaden-
deck, wofür sich die übrigen Teilnehmer an der
Fahrt bereits eingefunden hatten; es waren dies
der kommandierende Admiral von Knorr,
Vizeadmiral Richter, der preussische Gesandte Graf
Wetterich, Wirkl. Geheimrath Legationsrath Dr.
v. Mühlberg, Geh. Oberregierungs- und Hof-
rath Dr. v. Mühlberg, Baron v. Meißner, Sr.
Jordan, Direktor Brauermann, Profurant Reiss,
sowie einige Herren vom Betriebe des „Nord-
deutschen Lloyd“. Das Schiff lag im Hafen vor
der Schleuse. Das Ausschleusen ging glatt von
Statten. Der Kaiser stand während dieses Vor-
ganges auf der Brücke. Nach etwa 3/4 Stunden
war das Schiff durchgeschleust und fuhr mit
voller Kraft stromabwärts. Das Wetter ist klar,
es herrscht stürmischer Wind. Von Belgien
wird hoher Seegang gemeldet.

Unfallversicherung der Seefischer.

In einem Theile der Presse wird im An-
schluß an den kürzlich bei Memel vorgekommenen
größeren Unfall, bei dem von einer aus 14 Mann
bestehenden Besatzung einer kleineren Fischkutter
zehn ertranken und einer schwer verletzt wurde,
eine Betrachtung veröffentlicht, in welcher die
Nothwendigkeit einer Unfallversicherung der Seefischer
betont wird. Diese Nothwendigkeit ist schon
seit längerer Zeit von den maßgebenden
Regierungsstellen erkannt worden. Der Entwurf
über die Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht,
welcher im Sommer 1894 im Reichsanzeiger
veröffentlicht wurde, enthält nicht nur Bestimmungen
über die Unterthellung von Handwerk und
Handelsgewerbe unter diese Pflicht, sondern
auch die Seefischerei in die Unfallversicherung
einbezogen haben. Als sich gegen den Entwurf in
den Kreisen von Handwerk und Handelsgewerbe
eine beträchtliche Opposition kundgab, auf die man
nach den vorübergegangenen Änderungen aus
Handwerk- und Handelsgewerbe nicht gefügt sein konnte,
suchte man wenigstens die Unfallversicherungspflicht
der Seefischer zu retten und stellte, nachdem bereits
auf dem Verwaltungswege die Dampffischer
an die See-Versicherungsgesellschaft angegliedert war,
die betreffenden Bestimmungen in die Novelle zum
See-Unfallversicherungsgesetz ein, welche dem Reichs-
tag in der Sitzung von 1896-97 vorgelegt
wurde. Es war danach beabsichtigt, die gesamte
Seefischerei in die See-Versicherungsgesellschaft
aufzunehmen, während die Binnenfischer wegen der
für sie weniger günstig liegenden Verhältnisse
fortgelassen war. Man hatte einfach im See-Unfall-
versicherungsgesetz die Vorschrift, wonach Seefischer
nicht unter das Gesetz fallen, fortgelassen.
Die Novelle ist in der vorigen Reichstags-Sitzung
nicht zu Stande gekommen, weil verschiedene
Parteien Bestimmungen in die neuen, zugleich
mit der erwähnten Novelle vorgelegten Gesetze
aufgenommen haben wollten, durch welche die
Unfallversicherung einen ganz anderen Charakter
erhalten hätte. Diefer Umstände allein ist es zu-
zuführen, wenn auch heute noch ein großer
Theil der Seefischer bei solchen Unfällen, wie
sie jüngst bei Memel vorgekommen sind, zur
Widerung der entstandenen Noth auf öffentliche
Sammlungen angewiesen ist, statt daß sie auf
Grund des Gesetzes Ansprüche erheben könnten.
Es ist jedoch zu erwägen, ob nicht vielleicht die
Ausdehnung der Unfallversicherung auf die See-
fischer allein den gesetzgebenden Körperschaften
des Reichs vorgelegt werden soll.

Deutschland.

Berlin, 26. März. Als Ueberbringer des
Glückwunsches des Kaisers an den Fürsten Bis-
marck anlässlich dessen 60jährigen Jubiläum
traf gestern Nachmittag mit dem Schnell-

zug von Berlin der General-Adjutant, General
der Infanterie v. Schweinitz in Friedrichshagen
ein. Der Tag ist durchaus still und ohne Fest-
lichkeiten verlaufen. Der Fürst befindet sich
wohl. — Aus Bremerhaven sandte der Kaiser
ein Telegramm an den Fürsten Bismarck.
— Wie bereits gemeldet, machte in der
gestrigen Magistrats-Sitzung der Oberbürgermeister
Jelle die Mitteilung, daß er entschlossen sei,
aus Rücksicht auf sein Alter mit dem 1. Oktober
dieses Jahres in den Ruhestand zu treten. Diese
überraschende Mitteilung wurde mit allseitigem
Bedauern aufgenommen, und der Oberbürger-
meister wurde mit Witten beehrt, von seinem
Vorhaben absehen zu wollen. Der Oberbürger-
meister erklärte aber, daß sein Vorhaben un-
widerlich sei. Zugleich hat er ein Schreiben an
die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, in
welchem er den Verzicht der Bürgerschaft für
das ihm während seiner bisherigen Amtsführung
bewiesene Wohlwollen den wärmsten und herzlich-
sten Dank ausspricht. Der Oberbürgermeister
weist in dem Schreiben darauf hin, daß er bei
seinem Ausscheiden das 70. Lebensjahr erreicht
haben wird und daß dies Alter mehr und mehr
hindernd auf seine Arbeitskraft einzuwirken be-
ginne. Er mache der Stadtverordnetenversam-
mlung diese Mitteilung schon jetzt aus dem
Grunde, damit hinreichend Zeit zu den erforder-
lichen Schritten für die Neuwahl vorhanden sei.

Das Magistratskollegium hat beschlossen,
den von der Stadtverordnetenversammlung be-
schlossenen Änderungen in Bezug auf Gehälter
der Direktoren und Oberlehrer der Gymnasien,
Realschulen, Oberrealschulen und Realschulen,
sowie der Direktoren, Oberlehrer, ordentlichen
Lehrer und Lehrerinnen an höheren Mädchenschulen
zugestimmen.
Der Staatsausfluß der Stadtverordneten-
Versammlung hat in seiner gestrigen Sitzung
die Vorberatungen zur Feststellung des Stadtsaus-
halts für 1898-99 beendet und beschlossen,
der Versammlung zu empfehlen, die zu erhebenden
Steuern für die Gemeinde-Einkommen-
steuer auf 100 Prozent des Normalfußes, für die
Gemeinde-Grundsteuer auf 5/3 des Nutzungswertes
der steuerpflichtigen Grundstücke (das sind
150 Prozent des Normalfußes) und für die Ge-
werbesteuer auf 150 Prozent des Normalfußes
festzusetzen.

Belgien.

Brüssel, 25. März. Hofkreise bemerken
die Meldung von einer Hofintrigue des
Prinzen Philipp von Coburg beim Gothaer
Gerichtshof. Einzig kompetent erscheint das
Wiener Hofgericht, wo jedoch nur Geschehens-
nicht Getrennung möglich ist. Prinzessin Luise
wünscht baldige Gescheidung. Trotz ihres
Fehltritts bewahrt die belgische Bevölkerung
der Prinzessin ihre Sympathien, da hier die
Geheimnisse des kobergischen Hoflebens bekannt
sind und Jedermann weiß, wie unwürdig der
Prinz seine Gemahlin seit 20 Jahren behandelt.
Der König entzog der Prinzessin ihre Jahres-
apanage, um sie zur Rückkehr hierher zu
zwingen. Der gegenwärtige Aufenthalt der Prin-
zessin ist unbekannt; am 15. März befand sie
sich in London.

England.

London, 25. März. Nach einer Peters-
burger Meldung der „Agency Daily“ werden
drei der größten russischen Schiffschiffe dem-
nächst durch den Bosporus nach China ab-
gehen.

Amerika.

Washington, 25. März. Der Kapitän
Maritz mit dem Bericht der Untersuchungs-
kommission betreffend die Explosion auf der „Maine“
ist hier eingetroffen und auf dem Bahnhof, wo
eine große Menschenmenge versammelt war, von
einem Beamten des Marine-Departements
empfangen worden. Der Bericht geht morgen
an den Marineminister Long, dann an den
Präsidenten Mac Kinley und gelangt hierauf im
Kabinettsmeeting zur Berlesung. Am Montag
wird er dem Kongreß zugehen mit einer kurzen
Vorlesung über die der Explosion vorangegangenen
Ereignisse. Der Bericht wurde nach Madrid ge-
schickt, um von dem amerikanischen Botschafter
der spanischen Regierung vorgelegt zu werden.
Es verlautet, daß keine Reslamation an Spanien
gerichtet werden soll, jedoch sei die Voreingung
der Thatsachen gleichbedeutend mit dem Verlan-
gen nach Aufklärung. Mac Kinley wird indessen
auf der Intervention zur Linderung des Glends
auf Cuba binnen einer Woche oder zehn Tagen
nach Uebermittlung des Berichtes an den Kon-
greß bestehen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. März. Aus der gestrigen
Beratung des städtischen Haushaltsplans
für 1898-99 heben wir noch den General-
bericht des Vorsitzenden der Finanzkommission,
des Herrn Kurz, hervor. Derselbe äußerte sich
zum Etat wie folgt:
Bevor wir in die Prüfung der einzelnen
Eitel des uns vorliegenden Haushaltsplanes für
1898-99 eintreten, gestatten Sie mir zunächst
einen kurzen Vorerbericht und dann eine allgemeine
Uebersicht.
In erster Linie ist es für uns natürlich von
Interesse zu prüfen, in wiefern der Magistrat
den Wünschen und Beschlüssen der Stadt-
verordneten-Versammlungen bei früheren Staats-
beratungen entgegengekommen ist.
Bei der Staatsberatung für 1897/98 sind
eine ganze Reihe von Beschlüssen gefaßt, welche
zum größten Theil unsern Wünschen entsprechend
bei dem neuen Etat berücksichtigt sind, ich erinnere
an folgende Anträge:
1. Die Zahl der Freistellen an sämtlichen
höheren Schulen nur noch der Zahl der
einheimischen Schüler zu bemessen.
2. Erhöhung des Schülgebührens an den Ge-
meindeschulen für Auswärtige von
24 auf 36 Mark.
3. Der Antrag auf Verrückung der Orgel in
der Kaiserin Auguste-Viktoria-Schule, welche
eine so recht interessante Erlebung ge-
funden hat.
4. Die Anschläge der Reparatur-Bauten durch
die Hochbau-Deputation.
5. Theilweise Umbauung der Beamten der
Tiefbau-Deputation auf Hafen-Konto.

6. Die Unterhaltungs- und Abgabensicht für
Inhaber von Dienstwohnungen.
Dagegen sind meines Wissens unerledigt:

- 1. Festlegung der Mietzwerte nach gleich-
mäßigen Prinzipien. — Diese Sache wird
durch die Kommission zur Festlegung von
Staats-Grundbesitz voranschreitend mitberlebt
werden. In dem neuen Etat sind ver-
einzelt neue Schätzungen eingestellt, aber
die Schätzungen sind bisher nicht überall
erledigt.
2. Antrag auf einfache Umwandlung des Turm-
platzes an der Deutscherstraße.
3. Schnellere Durchführung der Straßen-
beleuchtung durch Gasglühlicht. — Hier ist
vor Allem noch immer nicht die Frage der
Doppel-Batterien und deren Ein-
richtung mit Gasglühlicht erledigt.
4. Antrag, die Straßen in Fortpreußen mit
Namen zu versehen.
5. Antrag, die Verwaltungsberichte über die
Gasanstalt in den Bezeichnungen nach
Maß und Gewicht konform den Bezeich-
nungen im Etat zu machen.
Dieser Antrag ist von der Finanzkom-
mission erneuert worden, weil man uns
doch nicht zumuten kann, die Unrechi-
tigungen von Substanter Kohlen, Rote zc.
in Last resp. Doppel-Zentner vorzunehmen.
6. Antrag, die Pension- u. Berechtigung der
städtischen Feuerwehrmänner zu erwägen.
7. Antrag, sich über die Versicherung der
Stadt gegen Hafspflucht und Unfall zu
äußern.
8. Antrag, zu erwägen, ob das Museum
Lindenstraße 22 dem Publikum nicht öfter
als an zwei Nachmittagen in der Woche
geöffnet werden kann.
9. In gemeinsamer Kommission über die Ab-
tragung des Ordinariums an das Extra-
Ordinarium, sowie über Verzinsung und
Amortisation der Anlagewerthe zu be-
rathen.

Daß dieser für die Zukunft bedeutungsvolle
Antrag nicht vor der Staats-Beratung erledigt
worden ist, ist sehr bedauerlich, einmal, weil
ohne Erledigung dieser Fragen die Staats-
beratungen vielfach erschwert werden; andererseits
aber, weil es dringend erwünscht ist, daß die
wie wohl allseitig anerkannt, unwürdigen und un-
klaren bisherigen Gepflogenheiten bei Aufstellung
des Etats beseitigt und endlich in klarer Weise
nach bestimmten Grundätzen verfahren wird.

Im Allgemeinen stellte sich die Finanzkom-
mission auf den Standpunkt, bei den diesmaligen
Staats-Beratungen möglichst ein Eingehen
auf die mehrfachen Streitfragen zu vermeiden
und die Erledigung derselben einer demnächstigen
besonderen Verhandlung zu überlassen, nur hin-
sichtlich der Frage über Abtragung des Ordina-
rium an das Extra-Ordinarium bei Berlegung
von Gas- und Wasserleitungs-Werken, resp. bei
dem Umbau vorhandener Kanäle glaubte ein
Theil der Finanzkommission schon jetzt die be-
treffenden Summen aus dem Etat streichen zu sollen.
Diese Art der Abtragung dürfte wohl nur in
Stettin vorkommen und glaubten die Mitglieder
der Finanzkommission, welche schon jetzt eine
Änderung in dieser Frage vorgenommen wissen
wollten, 1. daß die gemischte Kommission wohl
ganz bestimmt für die Zukunft dabeibe
beschließen werde und 2., daß durch die Unter-
legung einer ordnungsmäßigen Amortisation
(sowohl die betreffenden gewerblichen Anlagen,
wie auch das Ordinarium oder wenn Sie
wollen die Gegenwart, ganz außergewöhnlich
und unbedingter Weise zu Gunsten des Extra-
Ordinariums resp. der Zukunft bisher belastet
würden.

Abgesehen von dieser einen prinzipiellen
Änderung durch die Finanzkommission ist der
Etat dies Mal noch in der bisherigen Weise
aufgestellt und hat die Finanzkommission jämmt-
liche Eitel und Postitionen einer ersten Prüfung
unterzogen, soweit dies nach den theilweise sehr
knappen Berichten und Belägen möglich war.

Im Allgemeinen sind die Ausgaben den
voraussetzlichen thatsächlichen Bedürfnissen ent-
sprechend eingestellt und die Einnahmen gleich-
falls nach den Erfahrungen der Vorjahre
bemessen, nur bei Titel IV, Anlagen und Friedhöfe,
und bei Titel XIV, Gas-Anstalt, scheint
eine überflüssige Plus-Macher festgestellt zu
haben. Zu dieser Anschauung muß man um so
mehr kommen, wenn man den letzten Ver-
waltungsbericht mit dem jetzigen Etat vergleicht.
So haben die Friedhöfe bereits 1896-97 rund
58 000 Mark Einnahme gebracht, für 1898-99
sind aber nur 51 400 Mark in Einnahme ge-
stellt, also erheblich weniger als 1896-97
bereits eingenommen war, und die naturgemäße
Steigerung der Einnahmen ist gar nicht berück-
sichtigt. Ebenso lieferte die Gas-Anstalt
1896-97 bereits einen Ueberschuß von 372 000
Mark, d. h. 130 000 Mark mehr als veranschlagt
war. Für 1898-99 ist der Betrieb um rund
ein Fünftel größer angenommen als in 1896-97,
dennoch ist der Ueberschuß um rund 67 000
Mark niedriger veranschlagt, als er 1896-97
bereits war. Nach meiner Schätzung wird der
Ueberschuß noch weit über 100 000 Mark höher
sein, als angenommen ist.

Bei Titel VIII, Hafen-Verwaltung,
scheint die vom 1. April ab der Stadt zu-
fließende Einnahme an Vollwertgehd für
Baaren, welche an dem Dünzig-Bohnhof ge-
löst werden, nicht berücksichtigt zu sein.

Bei Titel X, Forst-Verwaltung, waren
aus Revier Blochhaus in 1896-97 bereits rund
7000 Mark mehr für Holz-Verkauf (ohne
daß eine außergewöhnliche Holzlage stattgefunden
zu haben scheint, weil keine Erhöhung der Holz-
lagerhöhe eingetreten ist), indess ist auch auf
diese Holz-Einnahme für 1898-99 gar nicht
Rücksicht genommen.

Bei Titel XII, Schlachthof, betragen die
Betriebs-Einnahmen in 1896-97 bereits rund
290 000 Mark, für 189-99 ist nur eine
Summe von 283 000 Mark eingestellt, also
weder die bisher thatsächlich erzielte Einnahme,
noch die natürliche Steigerung berücksichtigt.
Aufällig ist der erhebliche Rückgang von Jahr
zu Jahr für Fleischhaus-Gebühren und zwar von
rund 40 000 Mark in 1895-96 auf rund
25 000 Mark für 1898-99. Der neuerbaute
Biehof ist in dem Etat überhaupt nicht berück-
sichtigt, obwohl seine Eröffnung demnächst be-
vorsteht und der Restaurateur bereits vom 1. April
1898 ab Miethe zahlt.

Was die durch die Finanzkommission er-
folgten Einsetzungen von Mehrausgaben angeht,
so entsprechen diese entweder den stattgehenden
Gemeindebeschlüssen oder den nach Fertigstellung
des Druckes neu gestellten Magistrats-Anträgen.
Unter Letzteren befindet sich auch ein Antrag auf Neu-
anstellung bisheriger Hülfsarbeiter als Assistenten.
Die Finanzkommission glaubte sowohl diese An-
träge, wie alle auf Neuanstellung von Beamten
resp. Umwandlung von Hülfsarbeiter-Positionen
in Assistenten- und Assistenten- in Sekretär-
Stellen durch den Etat beantragten Veränderungen
nach den Magistrats-Anträgen genehmigen zu
sollen, da ihr jegliche Kenntniß und Uebersicht
über Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser
Veränderungen resp. Vermehrungen mangelt. Sie
lehnt aber ihrerseits die Verantwortlichkeit für
die Zustimmung zu diesen Anträgen ab und
überläßt dem Magistrat diese Verantwortung im
vollen Umfang. Wir dürfen indes wohl
voraussetzen, daß die Beamten bei
der ihnen von den städtischen Behörden wieder-
holt bemietenen weitgehenden Rücksicht auf
ihre Wünsche, nun auch ihrerseits sich be-
mühen werden, mit Fleiß und Umsicht ihre
Pflichten zu erfüllen und wo das in hofent-
lich sehr vereinzelt Fällen nicht geschieht, müssen
wir durch den Magistrat erwarten, daß er
mit strenger Aufsicht die Lässigen zur Erfüllung
ihrer Pflichten anhalten wird. Von der Finanz-
kommission sind aus eigenen Entschlüssen nur
wenige Ausgabe-Positionen hinzugefügt. Zunächst
beantragt die Finanzkommission die Erhöhung
der Gehälter einzelner Magistratsmitglieder, weil
sie der Meinung ist, daß diese Erhöhung aus
Billigkeits-Gründen eintreten muß. Sodann
wünscht die Finanzkommission die Einkellung
von 1000 Mark zur freien Verfügung der Ver-
sammlung für etwa nothwendig werdende In-
formations-Notizen der Mitglieder der Stadt-
verordneten-Versammlung und endlich beantragt sie,
die Position „Stellvertretungskosten für erkrankte
Lehrer und Lehrerinnen“ von 6000 Mark auf
10 000 Mark, dem voraussichtlich wirklichen Be-
darf entsprechend, zu erhöhen.

Nach den Beschlüssen der Finanzkommission
stellen sich nun die Gesamt-Ausgaben für
1898-99 im Ordinarium auf 11 028 410,08
Mark, d. h. 328 459,31 Mark weniger als nach
dem ersten Anschläge des Magistrats, aber
1 100 000 Mark mehr als für 1897-98. Die
hauptächlichsten Streichungen sind vorgenommen
bei Titel IV, Schmutzplatz am Königsplatz,
Titel V, elektrische Beleuchtung weiterer Plätze
und Promenadenstraßen, Titel VII, Abführung
an das Straßenbau-Vorhuß-Konto 200 000
Mark, Promenade an der Barnimstraße 20 500
Mark, Abführung des Wertes der alten Kanäle
an das Extra-Ordinarium 68 600 Mark, und
ebenso bei Titel XIII und XV die Abführung
des Wertes der alten Gas- und Wasser-
leitungen in den umzubauenden Straßen.

Wenn wir nun berücksichtigen, daß wir nach
unsern vorjährigen Beschlüssen und den bei dieser
Staatsberatung vom Magistrat gestellten Anträgen
allein an Beamten- und Lehrer-Besoldungen in
diesem Etat rund 150 000 Mark mehr zu stehen
haben, ferner für Verzinsung und Tilgung unserer
Schulden rund 125 000 Mark mehr, daß die
Schulden ca. 340 000 Mark, die Armenpflege
ca. 70 000 Mark, der Hafen zc. rund 63 000
Mark, Staat und Provinz rund 30 600 Mark Mehraus-
gaben verursachen — Beträge von 15- bis
20 000 Mark habe ich gar nicht berücksichtigt —
denen nur auf dem Schutittel ca. 170 000 Mark
(Staatsbeitrag für die Alterszulagen), Schiff-
fahrts-Abgaben 21 000 Mark, Abgabe von den
Elektrizitäts-Werken 35 000 Mark Mehreinnahmen
gegenüber stehen, so daß wir außer den 200 000
Mark, die wir von den Ueberschüssen des Jahres
1896/97 für das Ordinarium mitverwandt haben,
den ganzen Rest aus Steuern aufbringen müssen
und es trotzdem möglich gewesen ist, mit den
bisherigen Steuerläsen auszukommen, und für
Nachbeteiligungen eine sehr ausreichende Summe
zu erhalten, so können wir frohen Muthes der
Zukunft entgegengehen und uns der Hoffnung
hingeben, daß wir bei weiterer normaler und
gesunder Entwicklung unserer Stadt auch die
uns bevorstehenden Ausgaben werden decken
können, ohne zu einer erheblichen Erhöhung der
Steuern schreiten zu brauchen.

Um dies Ziel zu erreichen, wird es aller-
dings nothwendig werden, daß die Herren Ma-
gistrats-Deputierten ernstlich und mit Nachdruck
dafür sorgen, daß die ihrer Verwaltung unter-
stellten Organe und Beamten sich bestreben, mit
dem Vermögen der Stadt haushälterisch zu
wirtschaften. Und unsere Pflicht wird es
sein, strenge zu prüfen und bei voller Berück-
sichtigung der herortretenden Bedürfnisse doch
dafür zu sorgen, daß wir zweckentsprechende, aber
keine überflüssigen Einrichtungen treffen. Zu den
überflüssigen Einrichtungen zähle ich die Einrich-
tung der Gemeindeschulen mit elektrischem Licht,
die inzureichende Herstellung und Ausstattung von
Dienstwohnungen, das Bauen von Viehställen,
Schuppen, Remisen oder ähnliche, lediglich prakti-
sche gewerblichen Zwecken dienende Baulichkeiten
in einem Baustil und mit Ausstattungen, die das
Bedürfnis weit übersteigen. Wenn wir nach dieser
Richtung uns bestreihen würden, bescheidener
zu werden, so könnte allein dadurch die Zins-
und Tilgungslast erheblich gemindert werden.

Ich komme nun zum Extra-Ordinarium.
Die Höhe desselben ist von der Finanzkommission
unverändert gelassen und an den beabsichtigten
Ausgaben für Bauten nichts gefürchten. Die von
der Finanzkommission vorgeschlagenen Änderungen
betreffen fast nur die Abtragungen des Ordina-
rium an das Extra-Ordinarium resp. Bindungen
auf das Straßenbau-Vorhuß-Konto. Die Um-
bindung des Hauses Splittstraße Nr. 4 vom
Vegenhofs-Konto auf Straßenbau-Vorhuß-
Konto hat die Finanzkommission deshalb abge-
lehnt, weil die Spezial-Kommission für
die neu aufzunehmende Anleihe P. vorge-
schlagen hat, die Verbreiterung der unteren Splitt-
straße aus Anleihemitteln zu decken, da die ganz
außergewöhnlichen Kosten für diese Straßen-
verbreiterung, welche für alle Zeiten eine sehr
große Verbesserung herbeiführt, auf ein
Mal die Steuerzahler zu sehr drücken würde, und
es durchaus berechtigt sei, zu dieser Ausgabe
auch die Zukunft heranzuziehen. Die gestrichenen
Minder-Einnahmen aus dem Ordinarium in
Höhe von rund 97 000 Mark beziehen sich auf
die Umbauten von Gas-, Wasser- und Kanalisations-
Arbeiten.

Wenn die Finanz-Kommission die Abtra-
gungen auf Straßenbau-Vorhuß-Konto um
200 000 Mark niedriger eingestellt hat als der
Magistrat, so wurde sie dazu veranlaßt, 1. weil
man die Verbreiterung der unteren Splitt-
straße aus Anleihemitteln vornehmen will,
und 2., weil in den letzten 2-3 Jahren
ganz außergewöhnliche umfangreiche Straßen-
bauten und Antäufe für Verkehrswege
stattgefunden haben. Ich hebe nur die größeren
Ausgabe-Posten auf diesem Titel hervor.
Straßenfläche beim alten Garnison-Lazareth rund
145 000 Mark, Haus Bollwerk 36 Infl. Entschä-
digungen über 160 000 Mark, Uebersiedlung der
Pötker-, Grabower- und Falkenwalderstraße
rund 800 000 Mark, Breslauerstraße 74 000
Mark, Ankauf von Grund und Boden für die Fale-
niger Bahn rund 184 000 Mark, dazu Verthe
des eigenen zu diesem Bahnbau abgebenen
Terrains rund 203 000 Mark, Haus Oberwiel
92 (Viehhof) rund 200 000 Mark, Schützen-
gartenstraße 12 000 Mark, Aufschüttung der
Thorstraße 10 000 Mark, Verlagerung der
Bellenerstraße 52 000 Mark. Diese Ausgaben
betragen zusammen nahe an 2 Millionen Mark.
Nun werden nach einer Aufstellung des Herrn
Kammerers vom 15. b. M. die Schulden des
Ordinariums auf diesem Konto voraussichtlich
am 1. April noch rund 842 000 Mark betragen,
das übrige ist bereits bezahlt. Von diesen 842 000
Mark sollen nach dem Vorschlage der Finanzkom-
mission rund 354 000 Mark abgetragen werden,
so daß alsdann noch rund 488 000 Mark Schulden
auf diesem Konto lasten. Da aber zweifel-
los dies Konto auch erhebliche Forderungen hat
— z. B. ein Theil des Grundstücks Oberwiel 92
gehört auf Hafen-Konto, von dem Grundstück
Galgenwiege 31 ist ein Theil für die Straße nicht
nötig und kann verkauft werden, für die Rest-
parzelle des Hauses Bollwerk 36 kommen noch
ca. 30 000 Mark ein und endlich sind mehrfach
Straßenzüge fertiggestellt, an denen noch viele
Häuser gebaut werden, für welche an das Straßen-
bau-Vorhuß-Konto erhebliche Beträge gezahlt
werden müssen —, so kann von einer übermäßig
hohen Belastung dieses Kontos nicht mehr ge-
sprochen werden. Wäre dies Konto nicht mit
dem doch als a fond perdu gegebenen städtischen
Terrain für die Faleeniger Bahn belastet worden
— das doch jedenfalls nicht zum Straßenbau im
engeren Sinne gehört —, dann wäre die Schuld
nur noch als eine ganz unbedeutende zu bezeichnen.
Also — auch dies uns so oft als Sarcophagenvest
borgeführte Straßenbau-Vorhuß-Konto ruiniert
unsere Finanzen nicht und Sie können sich auch
hier ruhig den Beschlüssen der Finanzkommission
anschließen.

Zum Schluß möchte ich Ihnen nur noch
etwas über unser Vermögen mit Rücksicht auf
die gestrigen Erklärungen des Herrn Oberbürger-
meisters anführen.
Nach dem Etat für 1897-98 stehen
Hafen, Gasanstalt, Wasserwerke,
Kanäle und Schlachthof zu
Buch mit 22 724 751 M.
Steinbof, Bauhöfe, Lagerplätze
an der Ober- und Fürstenstraße,
2 Turmplätze und 1 Rodenstelle
Direkten Ertrag bringende
Hausgrundstücke zu Buch mit
Kapitalwerth der Wiesen (zu
4 Proz. kapitalisirt) 2 775 525 „
Kapitalwerth der Plätze (zu
4 Proz. kapitalisirt) 1 600 375 „
Kapitalwerth der Märkte (zu
4 Proz. kapitalisirt) 1 204 755 „
Kapitalwerth der Wasser-
flächen (zu 4 Proz. kapita-
lisirt) 75 200 „
Kapitalwerth der Ländereien
(zu 4 Proz. kapitalisirt) 214 400 „
Hierzu geschätzt der Werth unserer
Forsten rund 1 000 000 „
Hierzu geschätzt der Werth der
Baustellen an der Bismarck-,
Friedrich Karstraße, Magazin-,
Gneisenau-, verl. Schützen-
gartenstraße, Grüne Gänge,
Bollwerk 1 000 000 „
Daeres Kapital zur freien
Verfügung in Hypotheken
und Effekten 693 515 „
Summa 33 628 900 M.

Die Stadt besaß ferner:
Verwaltungsgebäude (Magdhaus,
Feuerwehr, Museum, Theater
u. f. w.) im Werthe von 2 139 007 M.
Krankens-, Sienes-, Armen-, Wai-
sen- zc. Häuser im Werthe von
Gymnasial- und Mittelschul-Ge-
bäude im Werthe von 2 172 917 „
Gemeindeschul-Gebäude im Werthe
von 3 098 435 „
Diese zum Theil mit großen Höfen, Gärten
u. f. w. versehenen Gebäude sind doch nicht
verloren.
An Stifts-Kapitalien oder sonst
zu bestimmten Zwecken gestiftet
besaß die Stadt (außer 7 zum
Theil großen Stiftsgebäu-
den) in Hypotheken, Effekten,
baar 3 835 700 M.
Dazu kommen noch die in dem Staats-
jahre 1897-98 hinzugekommenen Werthe
für Hofenbauten zc. zc. im Betrage von
weit über zwei Millionen Mark, so daß das
jeden Augenblick nachweisbare Vermögen der
Stadt mindestens 48 Millionen Mark beträgt.
In Wirklichkeit ist es noch viel höher, da ein
großer Theil der in der obigen Aufstellung an-
geführten Ländereien in unmittelbarer Nähe der
Stadt nur als Ackerparzellen fungirt, während
es in Wirklichkeit Baustellen sind. Das städtische
Vermögen muß daher auf mindestens 50 Millio-
nen Mark taxirt werden. Wenn daher auch zu
den städtischen Schulden von jetzt 26 Millionen
Mark noch wirklich eine neue Anleihe von circa
24 Millionen Mark hinzukommen sollte, so ist
demgegenüber doch daran festzuhalten, daß schon
das jetzige städtische Vermögen ein vollständiges
Äquivalent selbst für diese noch zukünftig auf-
zunehmenden 24 Millionen bietet, und daß kein
Grund vorhanden ist, deshalb trübe in die Zu-
kunft zu blicken, da diese 24 Millionen doch nicht
einfach fortgeworfen werden, sondern auch ihrer-
seits dazu beitragen werden, das städtische Ver-
mögen wieder mitzugeben.
Stettin, 26. März. Ein hochgeachteter
Bürger unserer Stadt, Herr Kommerzien-

